

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Yannick Shetty, Kolleginnen und Kollegen

betreffend Stopp der Homophobie und LGBTIQ-Feindlichkeit in Ungarn

eingebraucht im Zuge der Debatte in der 79. Sitzung des Nationalrats über den Bericht des Gleichbehandlungsausschusses über den Gleichbehandlungsbericht für die Privatwirtschaft 2018 und 2019, vorgelegt von der Bundesministerin für Frauen und Integration (III-207/589 d.B.) – TOP 2

Im September 2020 erschien ein ungarisches Kinderbuch mit neuen Versionen bekannter Märchen, in denen Mitglieder von marginalisierten Gruppen, darunter LGBTIQ-Personen, Roma und Menschen mit Behinderungen, vorkamen. Dieses Buch löste eine Welle homophober Angriffe aus und rechtsextreme Politiker_innen schrederten das Buch öffentlich. Andere wichtige Regierungsvertreter_innen beteiligten sich im Oktober an der Hass-Kampagne und Orban kommentierte das Buch in einer Radiosendung mit den Worten, die LGBTIQ-Gemeinschaft solle 'unsere Kinder in Ruhe lassen'. Wenige Tage, nachdem die Regierung die Gesetzesvorlagen im Parlament vorgelegt hatte, führte die Europäische Kommission eine neue LGBTIQ-Strategie ein, wodurch EU-Mittel, die den Mitgliedsstaaten für die Umsetzung der Strategie zur Verfügung stehen, an die Einhaltung der EU-Antidiskriminierungsgesetze geknüpft wurden. Die Vizepräsidentin der EU-Kommission, Vera Jourova, erklärte am 12. November, die Verletzung der Rechte von LGBTIQ-Menschen sei ein Merkmal autoritärer Regime und hätte keinen Platz in der EU". Die zunehmend homophobe Politik der populistisch-konservativen Regierungen in Ungarn und Polen steht im Widerspruch zu der von der Kommission vorgeschlagenen LGBTIQ-Strategie und den Grundsätzen der Toleranz und Nichtdiskriminierung, die sie schützen soll," schreibt Human Rights Watch im November 2020

(<https://www.hrw.org/de/news/2020/11/20/ungarn-verstaerkte-attacken-auf-lgbt-personen>).

Eine Zunahme von Homophobie und LGBTIQ-Feindlichkeit zeigt sich besonders deutlich in Polen und Ungarn, wo es immer mehr sogenannte "LGBTIQ-freie Zonen" gibt.

In Polen wiederum gibt es bereits seit Sommer 2020 fast hundert "LGBTIQ-freie Zonen". Besonders im Südosten des Landes machten Gemeinden gegen Homosexuelle mobil, mittlerweile nimmt die Fläche dieser Zonen fast ein Drittel der Fläche Polens ein (<https://www.spiegel.de/politik/ausland/polen-fast-100-lgbt-freie-zonen-der-feind-ist-lesbisch-a-00000000-0002-0001-0000-000171426724>).

In Ungarn wird die Lage für LGBTIQ-Personen ebenfalls immer prekärer. Mitte November hat die Regierung in Budapest eine Verfassungsänderung und einige Gesetzesänderungen präsentiert, die auf Kosten sexueller Minderheiten gehen. So heißt es bspw., dass Adoptionen nur für (heterosexuelle) Ehepaare möglich sein sollen oder das Geschlecht eines Menschen einzig jenes sein solle, das er zum Zeitpunkt seiner Geburt habe – was sich explizit gegen trans- und intersexuelle Personen richtet.

Es gibt mittlerweile auch in Ungarn die erste „LGBTIQ-freie Zone“: Die Kleinstadt Nagykováta, etwa 50 Kilometer östlich von Budapest, hat Anfang November eine Resolution verabschiedet, die das „Verbreiten und Fördern von LGBTIQ-Propaganda“ in

dem 12.700 Einwohner_innen zählenden Ort verbietet. Eine Entwicklung, die nicht nur bedenklich, sondern offen diskriminierend ist und von den rechtsstaatlichen Prinzipien abrückt (<https://www.ggg.at/2021/01/12/auch-ungarn-hat-seine-erste-lgbt-freie-zone/>).

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLISSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere der Bundeskanzler, die Bundesministerin für EU und Verfassung sowie der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, werden aufgefordert, sich für Rechtsstaatlichkeit in Ungarn einzusetzen und insbesondere die Diskriminierung von LGBTIQ-Personen und Errichtung von „LGBTIQ-freien Zonen“ öffentlich aufs Schärfste zu verurteilen."



